Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

nnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst e der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. ch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und erreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 155. | Dresden, Freitag den 9. Juli 1909. | 20. Jahrg.

Reichstag und Volk.

Im Reichstage scheitert nun jeder Widerspruch gegen tollen Steuergalopp am Trotz der reaktionären Mehrheits-teien. Das schwarze Kartell hat auch bei den neuen Titeln Stempelgesetzes die jämmerliche Regierung sich untertan acht und peitschte die kaum zusammengestoppelten neuesten schläge im Eiltempo durch die zweite Lesung des Reichs-. Was früher Kotierungssteuer genannt wurde, das nennt n jetzt einfach Talonsteuer. Damit sind die Bedenken des en Bundesrats vollkommen beschwichtigt. Der Bundes-frißt eben alles, was ihm die neuen Herren des schwarzen tells bieten.

Wie alle anderen Abmachungen von den Mehrheits-eien in der letzten Zeit mißachtet worden sind, so auch die chlüsse des Seniorenkonvents vom Mittwoch nachmittag, ach die dritte Beratung der großen Konsumsteuergesetze nächsten Montag vorgenommen werden sollte. Ein neuer chluß geht dahin, diese Gesetze bereits am Freitag in einer altsitzung in dritter Lesung zu erledigen. Um „reine n zu machen", beginnt man nunmehr mit Nachtsitzungen, m erprobten Mittel, um das äußerste Automobiltempo in Gesetzemacherei zu erreichen. Eine bemerkenswerte ge dieser neuen Geschäftseinteilung wird die sein, daß die neraldebatte über die Finanzreform, die chäftsordnungsmäßig bei der dritten Lesung eröffnet den muß, nicht an den Anfang, sondern in die Mitte der atung gestellt wird. Damit wollen die Schwarzblauen die tung dieser letzten wichtigen Debatte nach außen zerstören. ihnen das nicht gelingt, ist eine Aufgabe, die die Oppo-n zu lösen hat. Mit dieser Mehrheit muß ktur geredet werden und die Hiebe müssen auf Köpfe herniederklatschen. Wenn es vielleicht auch seine wierigkeiten haben mag, Hohn, Spott und gerechten Zorn, die Mehrheit in den letzten Tagen zu hören bekommen hat, mehr zu steigern, so ist es doch nötig, noch einmal mit Schärfe und Genauigkeit zusammenzufassen, was gegen Treiben zu sagen ist: **die unbarmherzige Belastung der erbemittelten Volksschichten, die sinnlose Störung von del und Wandel, die unverschämte Begünstigung des rischen Raubrittertums und die Schonung der Besitzenden** en angestrengt werden! Die Distanzen zwischen den elnen Parteien sind sorgsam abzustecken, und die Haltung Regierung in diesen abgelaufenen acht Monaten muß zum enstand einer ganz besonders liebevollen Darstellung den. Erst so können wir das Volk bis in seine tiefsten en hinein aufklären und aufrütteln. Erst so ihm gen, wo seine falschen und seine wahren eunde sitzen, damit es danach seine Ent-lüsse am kommenden Tag der Abrechnung ffen kann.

Die konstitutionelle Frage, die unter den halbeiten des Wucherwerks so lange verdeckt blieb, steigt ich wieder aus der Versenkung empor und bildet den en Kern der Erörterung. Scherzhaft hat man in diesen en gesagt, das Reich brauche offenbar keinen nzler mehr, da es so jetzt ohne Kanzler besteht. Ernst-aber ist die Frage aufzuwerfen, ob unser unvoll-ndiges parlamentarisches System noch nger die schützende Deckung abgeben darf, nter der Junker und Pfaff gemeinsam die splünderung der Massen vornehmen! hlreform in Preußen heißt das erste Wort, neue Einteilung Wahlkreise im Reiche das zweite. Die Herrschenden werden gegen beide Worte taub stellen, aber noch niemals ist es er noch so rücksichtslosen Clique gelungen, auf lange Zeit aus die gewaltige Mehrzahl eines Volkes zum Spielball er Lüste zu machen. Hat unser Volk den Kelch bis zur ge geleert, dann wird und muß es sich auf-ffen, um einer neuen Ordnung die Bahn öffnen. Es muß ernst gemacht werden mit der Selbst-ständlichkeit, daß nicht das Volk der Herrschenden wegen ist, sondern daß es reif und willens ist, die Leitung seiner chicke in eigene Hände zu nehmen. Lange war es mboß, nun muß es Hammer werden. ...

er schimpflichste Verrat an den Unterbeamten und an den Soldaten.

Fünfhundert Millionen werden bewilligt, zum allergrößten Teil s den Taschen der Ärmsten. Fünfundvierzig Millionen jährlich eichen die Schnapsagrarier als Liebesgabe ein. Den Mann-aften der Armee aber verweigert man die ihnen feierlich ver-rochene Soldaufbesserung von 8 Pf. pro Tag, weil man sich nicht schließen kann, die 14 Millionen auszugeben, die zu diesem Zwecke nötigt würden.

Der schwarze Block hat in der Sitzung der Budgetkommission n 8. Juli den Postschaffnern von dem bereits bewilligten Gehalts-anfangssatz von 1200 und Höchstsatz von 1800 M. 100 M. gestrichen. n derselben Sitzung hat er sich damit einverstanden erklärt, daß die für die Beamtenbesoldung mehr geforderten 17 Millionen Mark **den armen Soldaten aus der Tasche geholt werden!**

Die Gehälter der Offiziere und der hohen Beamten werden zum Teil ganz übermäßig erhöht. Für den Mann aus dem Volke, der „für Kaiser und Reich sein Blut verspritzen soll", hat man nicht einmal einen Groschen übrig! Seit Jahren führt die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags einen zähen, erbitterten Kampf um diesen Soldatengroschen, seit Jahren vergeblich!

Dreihundertundfünfundvierzig Millionen sind aus Verbrauchssteuern bewilligt, aus Bier, Branntwein, Kaffee, Tee, Zündhölzern usw.! Aber wenn der „gemeine Mann" „in Königs Rock" die Mütze hinhält, um aus dem frisch gefüllten Säckel seinen versprochenen Groschen zu erhalten, da wenden sich der Reichsschatzmeister und die Mehrheit, Polen, Konservative, Zentrumschristen, achselzuckend ab: Es langt nicht!

Noch ehe das Gericht der Finanzreform aufgetragen wurde, waren alle Portionen an die Großen vergeben. Für die Kleinen blieb nichts übrig als die Aussicht — auf eine neue „Finanzreform"!

Wer wird Bülows Nachfolger?

Bülow packt den Büchmann ein und ein neuer Mann soll auf den obersten Posten der Reichsregierung steigen. In Staaten, in denen Verfassung und Parlament mehr sind als Feigenblätter des Absolutismus, wird der neue Staatslenker hervorgehen aus der Mitte der Mehrheitsparteien, die Ernennung durch den Monarchen ist dort schließlich nur eine Formalität. Anders im Deutschen Reiche. Hier hat Einer zu entscheiden, wer der oberste leitende Beamte der Reichsgeschicke sein soll. Hier wird hin und her geredet und geraten, wer wohl an Stelle Bülows die Regierung übernehmen wird, aber niemand weiß es und niemand hat darüber zu bestimmen außer dem Einen. Wiederum ist das ganze Geschick der deutschen Nation auf die Entschlüsse eines einzelnen Mannes gestellt, auf die Entschlüsse desselben Kaisers, an dessen politischer Begabung im November vorigen Jahres von allen Parteien des Reichstags, von den Blättern aller Parteirichtungen die schärfste Kritik geübt worden ist! Damals, in den „denkwürdigen Novembertagen", schien es einen Augenblick, als wollte das deutsche Bürgertum wirklichen Anteil an der Regierungsmacht erstreben. Aber die feige Rückgratlosigkeit des „liberalen Blocks" hat das persönliche Regiment längst wieder gefestigt. Von der Ostsee her, wo Wilhelm II. auf seinem Schiff fährt, muß das deutsche Volk stumm und geduldig sein Schicksal erwarten ...

Von den Reichskanzlerkandidaten soll keiner so gute Aussicht haben wie der bisherige Staatssekretär des Reichsamts des Innern, v. Bethmann-Hollweg, der Herr, der eine reißend schnelle Karriere durch die preußische Verwaltungslaufbahn gemacht hat und vor seiner Reichsstellung als preußischer Minister des Innern sich echt borussisch bewährt hat. Bethmann-Hollweg verdankt aber sein Reichsamt gerade der Bülowschen Blockpolitik. Er ist über Posadowskys Leiche hinweggeschritten. Er hat mit Bülow „die konservativ-liberale Paarung" betrieben. Er müßte, wenn wir in einem Staatswesen lebten, wo Regierungsmänner eines Programms und eines politischen Charakters bedürfen, mit Bülow sein Abschiedsgesuch einreichen. Der absolutistische Zustand des Reichs kann aber Staatsmänner mit Programm und mit politischem Charakter nicht gebrauchen. So kann es geschehen, daß gerade derjenige, der logisch und moralisch abtreten müßte, ins oberste Amt gesetzt wird und dieses Amt annimmt. Bethmann-Hollweg dürfte in der Tat den Ansprüchen zu genügen geeignet sein, die in der jetzigen Situation der Reichskrisis und Parteiverworrenheiten an den „leitenden Staatsmann" gestellt werden.

Herr v. Bethmann-Hollweg hat bereits in dem Steuergemogel mit dem neuen schwarzen Kartell sich bewährt. Er hat sich ferner auch bei den Konservativen von neuem beliebt gemacht, als er jüngst bei Beratung der sozialdemokratischen Notstandsinterpellation den schamlosen Brotwucher der Junker eifrig verteidigte. Die Junker also werden ihn in Ermangelung eines besseren gern dulden. Herr v. Bethmanns politische Verwaschenheit wird aber auch den Liberalen nicht übel gefallen. Sie betrachten ihn jetzt schon als den Mann, der sie zu den Fleischtöpfen Egyptens zurückzuführen berufen ist. Ein allgemeiner bürgerlicher Gesinnungskuddelmuddel unter reaktionärer Führung, das ist die wahrscheinliche Signatur einer Reichskanzlerschaft Bethmann-Hollwegs.

Die Vergewaltigung Persiens.

Wie China, Indien, Türkei, so ist auch Persien in die Reihe der orientalischen Länder eingerückt, die infolge der Ausbreitung des Kapitalismus zum nationalen Bewußtsein erwacht sind und mit einer konstitutionellen Regierungsform die Beseitigung der europäischen Ausbeuterherrschaft anstreben. Persien steht am Anfang der kapitalistischen Entwicklung, hat im Laufe des 19. Jahrhunderts eigene Industrie, eigenen Handel und eine bourgeoise Klasse entwickelt, deren bürgerliche Reformideen alle jene Bevölkerungsschichten aufgenommen haben, die bisher unter dem Drucke der despotischen Willkürherrschaft des Schahs und seiner Bureaukratie seufzten. Als darum im Widerscheine der russischen Revolution 1906 sich der fortschrittliche Teil des persischen Volkes erhob und vom Schah eine Verfassung erzwang, dachte man kaum, daß die junge Freiheitsbewegung in der Tragödie auslaufen werde, die jetzt über das unruhige Land hereinzutreten droht. Die Tragödie der russischen Unterdrückung nämlich.

Damals, als die Bewegung aufflammte, brannten dem russischen Bären noch die japanischen Hiebe auf dem Rücken, im weiten Moskowiterreiche tobte die Revolution und die Türken wachten eifersüchtig, daß die russischen Bäume in Persien nicht in den Himmel wuchsen. Die persischen Nationalisten hatten Oberwasser. Dann wendete sich das Blättchen. Der persische Despot sammelte seine reaktionären Häuflein, die persische Revolution tobte in blutigen Scharmützeln weiter und England und Rußland, die ihre in Persien angelegten Gelder bedroht sahen, suchten nach Einmischungsgründen. Just vor einem Jahr zerriß der Schah die Verfassung, ließ das Parlament beschießen, richtete mit den Maschinengewehren einer russischen Kosakenbrigade die alte Selbstherrschaft wieder auf und beschwor damit neue blutige Kämpfe herauf. Noch bis vor kurzem schien es, als ob die Revolutionäre in ihrem bewundernswürdigen Kampfe die Oberhand behalten sollten. Aber wie der neuere Lauf der Dinge beweist, haben England und Rußland das kämpfende Volk schon so gut wie in der Tasche. Schon 1907 haben England, das mit Indien im Osten, und Rußland, das an Nord-Persien grenzt, sich durch einen Vertrag in das Perserreich geteilt. Die englischen Kapitalisten sollten das südliche, die russischen das nördliche Gebiet Persiens als Ausbeutungspfründe betrachten.

Rußland, das in Persien ökonomisch am stärksten interessiert ist und großzügige Chaussee- und Eisenbahnbauten in Angriff genommen hat, benutzte nun die letzten revolutionären Ereignisse, um große Truppenmassen in das Land seiner Spekulation zu werfen. Ein Beginnen, das die Erbitterung des auf Beseitigung der russischen Knutenherrschaft bedachten persischen Volkes aufs äußerste geschürt und so ziemlich alle Parteigegensätze beseitigt hat. Sogar die reaktionären Schichten machen jetzt mit den Revolutionären gemeinsame Sache, soweit sich die Bewegung gegen die bewaffnete Einmischung der Russen wendet. Persien den Persern! Unter dieser Sammelparole dürfte es in den nächsten Tagen zu blutigen, entscheidenden Kämpfen kommen. Die Revolutionäre — mit ihnen das berittene Bachtiarenvolk — rücken gegen die Hauptstadt Teheran vor, um die Wiederherstellung des Parlaments auf konstitutioneller Grundlage mit der Waffe in der Hand zu erzwingen. Wenn es dabei zum Zusammenstoße mit den russischen Maschinengewehren kommt, dürfte das Schicksal der Revolution trotz aller Tapferkeit der Rebellen besiegelt sein. Denn so bankrott sich auch der russische Militarismus vor dem kleinen Japanervolke erwies, die Freiheit schlecht bewaffneter Volkshaufen zu morden hat er sich noch immer fähig gezeigt. Und daß es zu diesem Zusammenstoße kommt, dafür birgt das bisherige russische Vorgehen: Die russische Reaktion hat die persische Reaktion unterstützt, um jetzt gelegentlich der Niederkartätschung des Freiheitskampfes Nordpersien mehr oder weniger offen zu annektieren. Das Traurigste in der sich entwickelnden Tragödie aber ist, daß die bürgerlichen Parteien der russischen Duma nicht einmal den Mut haben, gegen die Vergewaltigung der bürgerlichen Freiheit des Perserlandes hörbar zu protestieren.

Der Türkei, die sich durch die Herrschaft der Russen in Nordpersien im kleinasiatischen Besitzstand bedroht fühlt und deshalb die persische Freiheitsbewegung heimlich unterstützte, sind durch den Kretakonflikt nach der Russenseite hin die Hände gebunden. Weshalb aber nicht ausgeschlossen ist, daß die Pforte trotzdem gegen die russische Annexion zu Felde ziehen würde, wenn ihr eine glückliche Lösung der Kretafrage die Hände entfesselte. Verantwortlich für die Gefahren, die dem europäischen Frieden mit neuen Eventualitäten dahinten drohen, sind die Mächte, die die persische Freiheit meucheln halfen: das liberale England, das der russischen Gewaltpolitik passiv zuschaut; desgleichen Deutschland, das Rußland zwischen jedem Mondwechsel reaktionäre Ergebenheit zusichert und dadurch die zaristische Gewalttätigkeit wie auch die englische Passivität gleichermaßen auf dem Kerbholze hat.

*

Teheran, 8. Juli. Entgegen anderslautenden Meldungen sind russische Truppen in der Stärke von etwa 2000 Mann mit einer Batterie Geschütze erst gestern früh in Enseli gelandet, doch sollen weitere Nachschübe bevorstehen. Der Schah scheint durch die Nachricht von der Landung der Russen neuen Mut geschöpft zu haben.

Teheran, 8. Juli. Der gestern erwartete Zusammenstoß hat nicht stattgefunden. Die Stadt hat heute wieder ein besseres Aussehen, die Geschäfte fangen an, sich wieder zu öffnen. Das Teheraner Komitee hat die Bachtiaren, nicht in die Stadt einzurücken. Zwischen dem Schah und den Nationalisten ist eine Einigung noch möglich. Auf Grund der englischen Vorschläge würden die Wahlen in zehn Tagen, danach sofort der Zusammentritt des Parlaments stattfinden. Aber es ist zweifelhaft, ob die Bachtiaren ohne große Geldopfer zur Rückkehr zu bewegen sein werden. Der russische Kosakenoberst Liachow bewaffnet Freiwillige, meist hergelaufenes Gesindel, zum „Schutze der Stadt".

London, 8. Juli. Wenn auch im Parlament die Regierung auf mehrere Anfragen antwortete, daß Rußland „nicht im Besitze eines Teiles von Persien sei", so sind doch ein Teil der englischen Presse und viele einflußreiche Politiker der Meinung, daß die russische Besetzung Teherans den Anfang des Endes von Persien bedeute.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090709/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG